

Dillenburg Nachrichten

mit illustrierter Gratis-Bellage „Neue Lesehalle“.

Unabhängiges Organ

der werktätigen Berufsclassen in Stadt u. Land, des gewerblich. u. kaufmännischen Mittelstandes, der Beamten, der Landwirtschaft sowie des Arbeiterstandes.

Erscheinen an allen Wochentagen. — Bezugspreis vierteljährlich mit Botenlohn 1,75 M., durch die Post bezogen 1,80 M., durch die Post ins Haus geliefert 1,92 M.
Verlag u. Exped. Dillenburg, Halgerstr. 9.

Preis für die einseitige Beträge oder deren Raum 15 Pf., Reklamen pro Zeile 40 Pf. Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.
Druck v. Emil Linding, Buchdruckerei, Dillenburg.

Nr. 31.

Samstag, den 6. Februar 1915

9. Jahrgang.

Der Unterseebootkrieg.

Als vor einiger Zeit infolge einer Unterredung des Staatssekretärs von Tirpitz mit einem ausländischen Zeitungs-Korrespondenten die Frage auftauchte, ob es möglich sei, den englischen Handel durch deutsche Unterseeboote empfindlich zu stören, da glaubte man in England mit einem etwas spöttischen Lächeln darüber hinweggehen zu können. Deutsche Unterseeboote hatten ja schon englische Kriegsschiffe versenkt, und auch einige Handelsdampfer waren ihnen zum Opfer gefallen. Das war aber alles an Stellen gesehen, die man in England inzwischen als gefährdet anzusehen gelernt hatte, nämlich in der Kanalgegend und an der ganzen Ostküste von England. Darüber hinaus glaubte aber England seiner Handelswege unbedingt sicher zu sein. Das ist nun anders gekommen. Plötzlich tauchte ein deutsches Unterseeboot in der Irischen See auf und versenkte direkt vor den Toren der zweitgrößten Handelsstadt Englands, die zurzeit wohl gar einen größeren Schiffsverkehr als London aufzuweisen hat, am hellen lichten Tage englische Handelschiffe.

Man kann sich denken, daß die Nachricht davon in England recht unangenehme Gefühle auslöste. Nach gewohnter Art sprach man sofort von Völkerverbrechen u. d., und auch das französische Marineministerium, das sich inzwischen aber eines Besseren besonnen hat, bilde in das gleiche Horn. Denn auch Frankreich hat sich allmählich die englische Ansicht zu eigen gemacht, daß alles erlaubt ist, was England nützt, und daß alles gegen das Völkerrecht verstößt, was ihm schaden kann. Hinter diesem Entschuldigungsgeheiß verbirgt sich aber die Angst und Sorge über das, was später kommen könnte. Hat doch das Vorgehen dieses einen Unterseebootes gezeigt, daß die Unabhängigkeit des Unterseebootkrieges gegen den englischen Handel keine leere Drohung gewesen ist. Die deutschen Unterseeboote haben recht wohl bewiesen, wie sehr sie imstande sind, auch die Verbindungen Englands nach dem Westen in schwere Gefahr zu bringen. Das beginnt jetzt selbst die englische Presse einzusehen. So schreibt „Daily News“ in einem Vortragsartikel, daß die Versenkung englischer Schiffe an der Küste von Vancasire eine Episode sei, die zum Nachdenken einlade. Der Aktionsradius dieser Boote sei bedeutend größer, als vor dem Kriege angenommen wurde. Man frage sich nur, ob Deutschland über die genügende Anzahl von Tauchbooten verfüge, um diese mit allerlei Gefahren verbundene Taktik auch großzügig durchführen zu können.

Ob Deutschland wirklich beabsichtigt, diese Taktik weiter gründlich zu verfolgen und auch die nötige Anzahl Tauchboote besitzt, diese Frage können die Engländer ganz getrost unseren leitenden Kreisen überlassen, die bisher stets bewiesen haben, daß sie keine Freunde von leeren Worten sind. Wir aber wollen uns des Schreckens freuen, den die deutsche Taktik wieder einmal in England hervorgerufen hat. Auch ist die moralische Minderung des Ansehens Englands nicht außer acht zu lassen. England, das mit dem Kriege Hungersnot über Deutschland heraufbeschwören wollte, sieht nun selbst das Hungergepöhl für sich heraufziehen. Man weiß dort übrigens recht gut, welche Folgen es hat, wenn die Zufuhren an Getreide und Fleisch, die ja hauptsächlich nach Liverpool gehen, gestört werden. So meint selbst ein englischer Blatt, die Blockade durch Tauchboote würde für die Engländer auf der Insel viel ernsthaftere Dimensionen annehmen als für ein Reich mit Verbindungen zu Lande. Das dürfte richtig sein. Die Engländer sehen also, daß wir doch über Mittel verfügen, um sie empfindlich zu schädigen. Davon wird uns selbst die Drohung des Herrn Churchill nicht abhalten, der eine Befähigung Deutschlands bis zum Ausbruch des Krieges selbst, wenn Frankreich und Rußland nicht mehr mitmachen sollten.

Die gestrichene Flagge.

Die Zeitungen haben ja schon über jenen merkwürdigen Geheimbefehl der britischen Admiralität berichtet, wonach wegen des Austritts deutscher Unterseeboote in den englischen Gewässern sofort alle englischen Handelschiffe neutrale Flaggen hissen und alle anderen Abzeichen verdecken sollten, aus denen man auf ihre englische Nationalität schließen könnte. Man kann sich denken, daß dieser Befehl überall größtes Aufsehen erregt hat. Die englische Admiralität hatte angeordnet, daß „kräftige Maßnahmen“ in Vorbereitung seien, die sofort zur Ausführung kommen würden. Jetzt erfolgt nun auf einmal dieser Befehl, der einem Streichen der englischen Flagge gleichkommt. Jedermann hätte doch erwartet, daß England gegen die deutschen Unterseeboote seine Flotte in Bewegung setzen würde. Vielleicht hat es dieses auch getan. Wenn es jedoch der Fall sein sollte, dann würde diese doppelte Maßnahme weiter nichts sein, als ein Eingeständnis Englands, daß es die Flotte allein als nicht ausreichend genug ansieht, um seinen Handel vor Wiedergängen zu schützen.

Dieses Vorgehen Englands muß nun aller Welt ein dringlicher als je die Augen darüber öffnen, was es mit der so viel gepriesenen englischen Herrschaft zur See auf sich hat. Sehr richtig schreibt die „Deutsche Tageszeitung“: Die letzten Wochen — richtiges Jahr der Jahrtausend — mit ihren Flaggen vergemalteter neutraler Mächte, deren Mächte mit Füßen zu treten eine der Vorbedingungen der britischen

Handelsflagge auf den Meeren war, — diese Flaggen neutraler Mächte sollten jetzt britische Schiffe und britische Ladungen decken. Vor hundertundfünfzig Jahren waren der jüngere Pitt, Nelson und andere sich in „flamender Entrüstung“ darüber einig, daß es eine Verletzung des Völkerrechts und eine Beschimpfung der Rechte Großbritanniens wäre, als die Neutralen von Großbritannien Achtung vor der neutralen Flagge (frei Schiff — frei Gut usw.) forderten. Man betrachtete allein dieses Verlangen als feindselige Handlung des nordischen Neutralitätsbundes von 1800, und um diesen Bund zu sprengen, beschloß Nelson Kopenhagen, und Pitt ließ den russischen Zaren ermorden. Und heute verfährt sich daselbe Großbritannien in einem geheimen Befehl hinter den Flaggen der Neutralen „wegen des Austritts deutscher Unterseeboote im englischen und irischen Kanal“ — „Würde — Würde“ lagt Haispaff! Freilich, man darf nicht vergessen, daß der Befehl geheimgehalten werden sollte!

Ob die englische Admiralität bei Erlaß dieses Befehls noch andere Absichten hatte, wollen wir dahingestellt sein lassen. Es ist trotzdem nicht unmöglich, daß man wieder einmal den Neutralen gegenüber Deutschland als den verdächtigen wollte, der die neutrale Schifffahrt schädigt. In England ist man vielleicht der richtigen Ansicht, daß die deutschen Kriegsschiffe doch Mittel und Wege finden würden, um die unter falscher Flagge segelnden englischen Handelschiffe unschädlich zu machen. Es ist dann nicht unwahrscheinlich, daß England sofort mit Anschuldigungen gegen Deutschland wegen Verletzung der neutralen Schiffe hervorgekommen wäre. Das hat nun die Bekanntgabe des englischen Geheimbefehls durch die deutsche Presse verhindert. Die neutralen Mächte wissen nun ganz genau, woran sie sind. Ja, sie wissen noch mehr: sie wissen, wie ohnmächtig und hinterhältig im Grunde genommen England ist. Dies wird hoffentlich zur gegebenen Zeit alle diejenigen zu lebhaftem Einspruch gegen die englische Behandlung ihrer Schiffe führen, die bis jetzt aus Furcht vor Englands Oberherrschaft zur See geschwiegen haben. Sie werden dazu um so mehr bereit sein, als sie sehen, daß Deutschland auch ihre Interessen wahrnimmt, ein für alle gleich freies Meer zu erkämpfen.

Deutsches Reich.

Der erste preussische teilegemähige Etat ist nunmehr dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Als ein Zeichen für die Stärke unserer Volkswirtschaft und für das Vertrauen auf eine siegreiche Zukunft ist die Tatsache zu bewerten, daß unsere Finanzverwaltung es für gut gefunden hat, ihm in der Hauptsache die Ziffern des Etats für 1914 zugrunde zu legen, die mitten im tiefsten Frieden aufgestellt worden waren. Daß, wie bisher seit Jahren, hierbei der Grundgedanke strengster Sparsamkeit bei größtmöglicher Schonung der allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen durchgeführt wurde, war übrigens bei unserer bewährten Finanzverwaltungstaktik nicht anders zu erwarten. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit rund 4,8 Milliarden Mark ab, also mit etwa 29,5 Millionen Mark weniger als im Etatsjahre 1914. Ohne Anleihe hatten Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht. Wenn der Krieg sich nicht allzulange hinzieht und das von uns allen erhoffte Ende nimmt, so wird, wie die Finanzverwaltung hofft, das Ergebnis des neuen Etatsjahres den im Etat ausgesprochenen Erwartungen entsprechen.

+ Was man nicht alles den Deutschen andichtet. Berlin, 3. Februar. Die holländische Zeitung „Telegraaf“ läßt sich aus Overpelt in der belgischen Provinz Limburg berichten, daß alle dort anwesenden jungen Belgier vom Militärgouverneur den Befehl erhalten hätten, sich auf dem Rathaus zu melden, um in das deutsche Heer eingegliedert zu werden. Der „Telegraaf“ selbst gibt den Bericht seines, wie er sagt, zuverlässigen Korrespondenten mit Vorbehalt wieder und läßt die Frage offen, ob nicht eine unrichtige Auslegung des deutschen Befehls durch untergeordnete Beamte vorliege.

In der Tat ist an der Nachricht kein wahres Wort. Wohl sind die militärpflichtigen Belgier zu einer Kontrollversammlung einberufen worden, aber es wurde den Leuten versichert, daß diese Kontrollversammlungen lediglich den Zweck hätten, eine Uebersicht über die im Lande verbliebenen Wehrpflichtigen zu erhalten. Eine Absicht, sie in das deutsche Heer einzustellen, bestehe nicht.

Im übrigen war der Militärgouverneur schon am 1. November vorigen Jahres Gerüchten gleichen Inhalts durch einen zweisprachigen (deutsch und flämisch) Anschlag in der Provinz Limburg entgegengetreten.

Der Berichterstatter des „Telegraaf“ hat also in diesem Fall — mag er auch sonst noch so zuverlässig sein — sein Blatt in irreführender Weise unterrichtet. (W. L. B.)

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen Dr. Liebknecht. Das führende Organ der norddeutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, veröffentlicht folgende Erklärung:

Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages hat in ihrer Sitzung am Dienstag nach eingehender Besprechung folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Fraktion schließt sich der über die Abstimmung des Reichstages abgegebenen Erklärung des Fraktionsvorstandes vom 2. Dezember 1914 an. Sie verurteilt dem von Liebknecht begangenen Disziplinbruch aufs Schärfste.“

Sie weist die von ihm verbreitete Begründung seiner Abstimmung als unvereinbar mit den Interessen der deutschen Sozialdemokratie entschieden zurück.

Ebenso verurteilt sie die von Liebknecht im Ausland verbreiteten irreführenden Mitteilungen über Vorgänge innerhalb der Partei.

Da der Fraktion nach dem Organisationsstatut nicht die Handhabe zu weitergehenden Maßnahmen zusteht, so muß sie die endgültige Entscheidung dem nächsten Parteitag anheimstellen.“

Die Fraktion hat weiter beschlossen:

„Die Abstimmung der Fraktion im Plenum des Reichstages hat geschlossen zu erfolgen, soweit nicht für den einzelnen Fall die Abstimmung ausdrücklich freigegeben ist.“

Glaubt ein Fraktionsmitglied nach seiner Ueberzeugung an der geschlossenen Abstimmung der Fraktion nicht teilnehmen zu können, so steht ihm das Recht zu, der Abstimmung fern zu bleiben, ohne daß dies einen demonstrativen Charakter tragen darf.“

+ Bundesratsitzung. (Amstsch.) Berlin, 4. Februar.

In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Die Bekanntmachung über weitere Regelung des Brennereibetriebs und des Branntweinverkehrs, die Vorlage betr. Änderung der Zollgebührenordnung und die Vorlage betr. Änderung der Ausführungsvorschriften zum Viehschutzgesetz. (W. L. B.)

Ueber die bevorstehende Reichstagsession weiß der „Vorwärts“ folgendes zu berichten:

Der Reichstag ist bis zum 2. März vertagt, wird aber, wie verlautet, nicht an diesem Tage zusammenzutreten, sondern erst am 10. März seine Arbeiten wieder aufnehmen. Diese Verzögerung hat ihren Grund darin, daß dem neuen Staatssekretär des Reichsschatzamts, Dr. Hefferich, Zeit gegeben werden soll, sich in seine neuen Aufgaben einzuarbeiten. Dem Reichstag wird bei seinem Zusammentritt sofort der Etat zugehen, der sich allerdings von dem sonst üblichen Etat insofern unterscheiden wird, als die Einnahmen nicht spezifiziert werden können. Man nimmt an, daß die Tagung des Reichstages etwa zwei Wochen in Anspruch nehmen wird. Die Geschäftsordnungskommission wird sich sofort nach ihrer Wahl mit dem Mandat Betrücker beschäftigen.

Für die erste Plenarsitzung des Abgeordneten-

hauses, die bekanntlich auf Dienstag, 9. Februar, nach-

mittags 2 Uhr, anberaumt ist, hat Präsident Dr. Graf

von Schwerin-Löwitz folgende Tagesordnung aufgestellt:

1. Entgegennahme von Vorlagen der königlichen Staats-

regierung (Etat für 1915, Allgemeine Rechnung für das

Etatjahr 1911, Uebersicht von den Staats-Einnahmen und

-Ausgaben für das Etatjahr 1913). 2. Erste Beratung

der allgemeinen Rechnung über den Staatshaushalt für

das Etatjahr 1911 und der Rechnung von den Verwal-

tungs-Einnahmen und -Ausgaben der Preussischen Zentral-

-Genossenschaftskasse für dasselbe Etatjahr. 3. Erste Be-

ratung der Uebersicht von den Staats-Einnahmen und

-Ausgaben für das Etatjahr 1913 und der Uebersicht von

den Verwaltungs-Einnahmen und -Ausgaben der Preussischen

Zentral-Genossenschaftskasse für dasselbe Etatjahr. 4. Erste

Beratung des Gesetzesentwurfes betr. die Feststellung

des Staatshaushaltsetats für das Etatjahr 1915. In

Verbindung damit erste Beratung des Gesetzesentwurfes über

Beihilfen zu Kriegswahlkreisausgaben der Gemeinden

und Gemeindeverbände.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat, dem

„Vorwärts“ zufolge, am 30. Januar einstimmig beschlossen,

sich für den Fall, daß die Mehrheitsparteien, von einer

Generaldiskussion Abstand nehmen, bei der ersten Besung

des Etats auf eine Erklärung zu beschränken, in der sie

auf neue ihrer Forderung nach Einführung des all-

gemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts

Ausdruck verleiht und ihre Stellung zum Etat und den

damit in Verbindung stehenden Fragen darlegt. Nicht

verzichten könne sie auf die Erörterung wirtschaftspolitischer

und sozialpolitischer Fragen, insbesondere der Frage der

Kriegsfürsorge, der Maßnahmen zur Sicherung der Lebens-

mittelversorgung, der Frage des Arbeiterschutzes und der

Lage der Arbeiterklasse. Einer sachlichen Erledigung der

Geschäfte, wie sie durch den Ernst der gegenwärtigen

Situation geboten sei, werde die Fraktion selbstverständlich

nichts in den Weg legen. „Sache der bürgerlichen

Fraktionen, denen dieser Beschluß mitgeteilt wird, wird es

sein, ob sie unseren Genossen hiernach einen Platz in der

Budgetkommission einräumen wollen.“

+ Die „Drehbänke für Rußland“. Die in letzter

Zeit verschiedentlich durch die Tageszeitungen gegangenen

Nachrichten über die Versendung von Kriegsmaterial —

hauptsächlich von Drehbänken — aus Deutschland nach

England und Rußland, und zwar über das neutrale Aus-

land, besonders über Dänemark und Schweden, haben in

der Bevölkerung anscheinend vielfach Beunruhigung hervor-

gerufen. Demgegenüber wird bemerkt, daß die für die

Ausfuhr verantwortlichen Stellen schon seit langer Zeit

eine besonderes Augenmerk auf derartige Nachforschungen

richten und der Umgehung der Ausfuhrverbote mit allen

Mitteln entgegentreten. Im übrigen dürften die Angaben,

daß ganze Eisenbahnzüge voller Drehbänke nach Rußland

gegangen sind, auf Uebertreibungen beruhen, zum min-

desten kommt dafür deutsches Material nicht in Betracht.

Ein Grund zur Beunruhigung liegt in dieser Hinsicht, wie

Wolffs Tel.-Bur. erfährt, nicht vor.

+ Die Internationale Fahrplankonferenz für den

Sommerdienst 1915 trat am 3. Februar im Münchener

Verkehrsministerium zur Beratung zusammen. Vertreter

deutscher, österreichisch-ungarischer Staatseisenbahnverwal-

tungen, der größeren Privatbahnen beider Länder und

Schiffahrtsunternehmungen, ferner Vertreter Dänemarks,

Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens und

der Schweiz nahmen an der Konferenz teil. Für die

zweitägigen Beratungen sind bisher 102 Einzeloorträge

angemeldet. In der Begrüßungsansprache hob der baye-

rische Verkehrsminister von Secklein u. a. hervor, daß der

deutsche Güterverkehr nur noch wenige Prozente hinter

den gewohnten Ziffern des normalen Verkehrs stehe; auch der Personenverkehr auf den deutschen Bahnen über-

Ausland.

Zwangsaushebung von Belgien.

+ Aus Brüssel wird den „Hamb. Nachr.“ gemeldet: Wie gleichzeitig aus Paris und London gemeldet wird, werden in Frankreich und England alle Belgier im Alter von 18 bis 30 Jahren zwangsweise ausgehoben und auf die Egerzieplätze geschickt. In Paris versammelte der Seine-Präsident die Belgier in einer Kaserne unter dem Vorwande, ihnen eine wichtige Mitteilung zu machen, und ließ sie nicht mehr hinaus, obwohl die meisten gegen dieses Verfahren protestierten. Das Gleiche geschah in London und anderen englischen Städten.

Das in Frankreich verbotene päpstliche Friedensgebet.

+ Der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 3. Februar zufolge macht die von der französischen Regierung verfügte Beschlagnahme der Druckmaschinen, welche das vom Papste angeordnete Friedensgebet enthalten, in kirchlichen Kreisen Italiens außerordentlichen Eindruck. Die katholische „Italia“ bezeichnet sie als eine schwerwiegende Maßregel von außerordentlicher Tragweite.

Ein Kompromiß in der Schiffstaufs-Bill?

+ Washington, 3. Februar. Im Weißen Hause hat eine Konferenz stattgefunden, nach der mitgeteilt wurde, daß die Regierung der Schiffstaufs-Bill wahrscheinlich eine Erklärung hinzufügen werde, daß sie kein einziges Schiff kaufen würde, dessen Ankauf einen Konflikt mit den europäischen Kriegführenden entstehen lassen könnte. Präsident Wilson ist zu einem solchen Kompromiß geneigt, um die Annahme der Bill zu sichern. — Ein solcher Beschluß wäre gleichbedeutend mit einem vollkommenen Rückzug Uncle Sams vor John Bull!

Kleine politische Nachrichten.

Nachdem die Vertrauensmänner der Fortschrittlichen Volkspartei beschlossen haben, von der Aufstellung eines Kandidaten für die Landtags-Erwahl in Wiesbaden-Land abzusehen, ist die Wahl des nationalliberalen Kandidaten Justizrat Häuser gesichert.

Vom Stellvertreter des Kommando des zweiten bayerischen Armeekorps wurde dieser Tage das Erscheinen des Würzburger „Frankischen Volksblattes“ wegen Aufnahme eines Artikels über den Kardinal Mercier auf drei Tage verboten.

+ Mehrere Schweizer Ärzte sind am 3. Februar von Bern nach österreichisch-ungarischen Spitälern abgegangen; die Reise erfolgte auf Verlangen der österreichisch-ungarischen Regierung mit Einwilligung der schweizerischen Armeeführung.

+ Im spanischen Senat hatte der frühere Minister Renner die Regierung über die Maßnahmen, die sie zur Milderung der Folgen des europäischen Krieges in Spanien zu treffen gedenkt, interpelliert. Nachdem aber die Regierung die Interpellation nicht beantwortet hatte, mußte die Sitzung unter allgemeiner Enttäuschung aufgehoben werden.

+ Nach dem Pariser „Temps“ wurde die Studiendauer an der Marineschule durch ein Dekret auf zehn Monate herabgesetzt; die Schüler der Marineschule erhalten demnach nach zehnmonatigem Studium den Rang als Marineaspiranten.

+ Aus Pretoria meldet das Londoner Reuter-Bureau, daß 71 tauglich befundene Männer, die sich gemeldet hatten, gegen Deutsch-Südwestafrika zu dienen, vor ein Kriegsgericht gestellt worden seien.

Die Petersburger „Nesich“ will zu melden, daß die Pester Zentralregierung beim dortigen belarussischen Konsul einen Protest eingereicht habe, der die Ausbeutung der Kohlengruben im Altai-Gebirge durch die Russen zum Gegenstand hat.

+ In letzter Zeit zu Sofia eingetroffene mazedonische Flüchtlinge erzählen von Grausamkeiten, deren Zeugen sie im Gefängnisse von Kothani (Neufeld) waren. Dort seien die Gefangenen schrecklich mißhandelt worden und hätten Leiden zu erdulden gehabt, die an mittelalterliche Inquisition erinnern.

+ Einer Haager halbamtlichen Meldung zufolge ist am 2. Februar dort ein Telegramm der Suezkanal-Gesellschaft eingegangen, durch das diese Gesellschaft bekanntgibt, daß der Kanal für die Schifffahrt offen bleibe, wie auch aus der täglichen Veröffentlichung des Schiffsverkehrsverkehres erhelle. Der Verkehr finde tagsüber statt.

+ Wie das Preskebureau in London meldet, wurden viele (?) Nabelstücker des Eingeborenenaufstandes in Agassaland gefangen genommen. Man dürfe annehmen, daß der Aufstand unterdrückt (?) sei.

+ Die Regierung der Argentinischen Republik beschloß, die Fregatte „Sarmiento“ nach Europa zu senden, um das in den argentinischen Gefandtschaften hinterlegte Gold an Bord zu nehmen. Diese Summen sollen, einer Pariser Meldung gemäß, mehrere zehn Millionen Pfster betragen.

Die Kämpfe im Argonner Walde.

III.

+ Der Bericht aus dem Großen Hauptquartier über die Kämpfe im Argonner Walde wird durch folgende Ausführungen abgeschlossen.

5.

Rein zahlenmäßig lassen sich die bisherigen deutschen Erfolge in den Argonnen wie folgt ausdrücken:

Die Ende November hat der Feind eingebüßt:
1300 Gefangene,
4000 Tote,
13 000 Verwundete.

Im Monat Dezember betrug die Zahl der Gefangenen 3000, jene der Toten und Verwundeten 8000. An Trophäen wurden in diesem Monat allein 21 Maschinengewehre, 14 Minenwerfer, 2 Revolverkanonen und 1 Bronzemörser erbeutet.

Rechnet man die bisher im Januar gemachten 2500 Gefangenen und zählt man etwa 4- bis 5000 Tote hinzu, so ergibt sich französischerseits ein Gesamtverlust in den Argonnen von etwa 36 000 Mann. Ein ganzes Armeekorps ist also so gut wie aufgerieben, während die Verluste auf deutscher Seite nicht einmal den dritten Teil betragen.

Wie sehr die Franzosen in den Waldkämpfen gelitten haben, geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß sie immer neue Verbände in die Argonnen geschickt haben. Kämpften dort zuerst die Truppen des II. und IV. Armeekorps, so wurden diese bald verstärkt durch Kolonialtruppen und Marine-Infanterie. Im Januar tauchten vorübergehend Truppen des I. Armeekorps und Garibaldianer auf; endlich wurden Mitte Januar neue, bisher bei Perna verwendete Verbände in den Wald geschickt, um das anscheinend völlig zusammengebrochene II. Armeekorps abzulösen.

Wie es mit der Verfassung der französischen Truppen in den Argonnen bestellt ist, das zeigen am besten jene Dokumente, welche den französischen Gefangenen in Gestalt von Anordnungen, Befehlen, geheimen Erlässen, Briefen und Tagebuchaufzeichnungen abgenommen wurden.

Da erwidert General Gourand, Kommandeur der 10. Division, in einem Zusatz zu dem Tagesbefehl vom 28. Dezember die Klagen seiner Untergebenen mit den Worten:

„Sie werden daraus entnehmen, daß sich der Gegner bei der Beseitigung einer Stellung mit den gleichen Schwierigkeiten abzufinden hat wie wir. Das gibt zu denken, denn man denkt oft wegen

der eigenen Schwierigkeiten, Anstrengungen und Verluste nicht an jene, die auch der Gegner hat.“

Die Schwierigkeiten erweisen sich aber auf französischer Seite als recht erhebliche, sonst würden die höheren Führer nicht so oft über die Untätigkeit und Passivität der ihnen unterstellten Truppen Beschwerde führen. So enthält ein Mitte Dezember abgenommenes Befehlstagebuch folgende Weisungen:

„Es ist von der größten Wichtigkeit, auf der ganzen Front die Tätigkeit zu erhöhen. Die bisherige ist nach Ansicht der Divisionsgenerale unzulänglich. ... Es muß eine größere Angriffstätigkeit entfaltet werden. Wenn es weiter geht wie bisher, werden die Deutschen uns zuvorkommen.“

Eine geheime persönliche Anweisung des kommandierenden Generals des II. Armeekorps enthält folgende Sätze:

„Der kommandierende General stellt mit Bedauern fest, daß die Gefechtsfähigkeit sich ausschließlich auf starre Verteidigung beschränkt, während die Deutschen bei gleichen Verlusten wie die Franzosen immer erneut angreifen und durch Teilerfolge angefeuert werden. ... Man hat sich an Untätigkeit gewöhnt und wartet rein passiv auf den feindlichen Angriff. Der Mann übernimmt seinen Nachposten im Schützengraben wie im Frieden vor einem Pulvernagazin oder Proviantamt. ... Die Führer bleiben in ihren Gefechtsständen sitzen; sie führen die Posten viel zu selten auf und geben ihnen keine bestimmten Aufträge. Alle Führer bringen ihre Zeit in vorderer Linie in Vangelweide oder Angst zu. ... Es ist unbedingt notwendig, daß dies anders wird. ... Alle Abzweigungskommandeure, die Bataillons- und Kompanieführer müssen jeden Tag in den vordersten Schützengräben ihre Leute aufsuchen. ... Alle Truppenteile müssen ihre Untergebenen mit Angriffsgedanken erfüllen.“

Zum Schluß heißt es:

„Der kommandierende General will merken, daß die Franzosen den Deutschen das Geßel vorschreiben. Wenn sie fühlen, daß wir ihr überlegen sind, dann werden die Deutschen weichen und die bish. je schwere Arbeit wird leichter werden.“

Wie erwähnt, mußte inzwischen das II. französische Armeekorps aus den Argonnen zurückgenommen werden.

Dem Brigadegeneral Goffart (V. französisches Armeekorps) fällt es auf — Befehl vom 30. November — „daß der Dienst in den Schützengräben in bezug auf deren Einrichtung und auf Feuerdisziplin viel zu wünschen übrig läßt.“ General Fouborg (3. Division) „kennt genau die schwierige Lage, in der sich die Truppen befinden, zweifelt nicht daran, daß sie diese überwinden werden. (13. November.) Der Armeeführer will seinen Joll zurückziehen. Er wird unerbittlich gegen jeden Offizier und Mann einschreiten, der nicht bis zum äußersten die Stellung und den ihm anvertrauten Posten hält.“

Inzwischen gewannen aber die deutschen Truppen erneut Boden, und auf französischer Seite stieg die Unlust am Kriege, die Zahl der dem Feinde in die Hand fallenden Soldaten und Maschinengewehre. Dagegen versuchte nun der Oberbefehlshaber der IV. Armee und das französische Große Hauptquartier der Ostarmee einzuschreiten. Anfang Januar erschien, von der ersten genannten Stelle ausgehend, ein Erlaß gegen die zunehmende Selbstverflüchtigung bei den Leuten. Er lautet:

„Seit einiger Zeit sind eine Anzahl verdächtiger Verwendungen bei Mannschaften verschiedener Truppenteile, vor allem bei der Infanterie bemerkt worden. Es hat sich ergeben, daß es sich um freiwillige Verflüchtigung handelt zu dem alleinigen Zweck, sich seiner Militärpflicht zu entziehen.“ In Anlage 3 dieses Erlasses wird erläuternd hinzugefügt: „Durch Kriegsgericht der IV. Armee vom 18. Dezember 1914 sind wegen Selbstverflüchtigung zwecks Verlassens des Schlachtfeldes verurteilt worden je ein Mann der Regimenter 151, 34, 7, 149, 247, 336, 135, 88, Jäger 21 und je zwei Mann vom Kolonialregiment 24 und Jäger 19. Das Urteil ist am 19. vollstreckt worden.“

Eine Verfügung des Generals Joffre stellt fest, daß allein in der Zeit vom 20. November bis 15. Dezember der Ersatz von 315 Stück Maschinengewehren angefordert worden sei. Nachdem der Oberbefehlshaber kurz die Schwierigkeiten betont, die ein derartig umfangreicher Ersatz bereite, weist er darauf hin, daß wohl nur ein Teil der Gewehre aus Mangel an Sorgfalt unbrauchbar geworden, daß dagegen aus den

verhältnismäßig hohen Verlusten ganzer Maschinengewehrzüge der Schluß zu ziehen sei, daß viele Maschinen- gewehre in Feindeshand gefallen seien. Dazu bemerkt der Generalstab des V. Armeekorps:

„Diese Verfügung kommt zu gelegener Stunde, da die schmachvolle Panik der 5. Kompanie des Regiments 46 den Verlust von 2 Maschinengewehren gekostet hat.“

Ein anderer Joffrescher Erlaß richtet sich endlich dagegen, daß so zahlreiche französische Soldaten in deutsche Gefangenschaft geraten, und verfügt, „daß jeder gefangen gewesene, nicht verwundete Soldat bei seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft einer Untersuchung unterworfen wird.“

Dieser und der vorher genannte Erlaß haben nicht zu verhindern vermocht, daß die Zahl der Gefangenen in den Argonnen ständig zunimmt, so daß unmittelbar nach der Ablösung des II. Armeekorps den frischen Truppen sogleich 2 Offiziere, 250 Mann und 5 Maschinengewehre abgenommen wurden.

Aus den Gefangenenansagen klingt starke Kriegsmüdigkeit hindurch, die wir aber nicht ohne weiteres verallgemeinern wollen, da der Gefangene ja nur allzu sehr dazu neigt, dem Sieger zu Gefallen zu reden, um sich dadurch in eine günstigere Lage zu versetzen. Weit schärfere Schlüsse vermag man aus dem Briefwechsel zwischen den Soldaten und ihren Angehörigen zu ziehen. Wie aus zahllosen Briefen und Tagebuchaufzeichnungen hervorgeht, betrachten die Angehörigen den in den Argonnen entfallenden französischen Soldaten als Todeskandidaten und den aus diesen Kämpfen heil Entkommenen als einen, über dessen Haupt die Vorhölle gewallt haben müsse.

Ein Mitte Januar bei einem größeren erfolgreichen Angriffsgeschehen gefangen genommener französischer Stabsoffizier (Major Guinard) sagte aus:

„Der Angriff der Deutschen wurde mit bewundernswürdiger Energie durchgeführt. Unsere Stellung war schnell durchbrochen. Meine Kompanien hatten den Befehl, sich bis zum äußersten zu halten. Darum wurden alle, die nicht fielen, gefangen genommen. Ich selbst bekam einen Schuß in den Kopf und weiß von diesem Augenblick an nichts mehr. Ich bin aufstehend, doch ich ver wundet bin, denn nun brauche ich den Fortgang dieses Krieges nicht mit zu erleben. Wir waren sehr schlecht orientiert über die Qualität des deutschen Heeres. Derartige Leistungen hatten wir ihm nicht zugetraut. Andererseits hat man die Russen weit überschätzt. Für die von Joffre beschlossene Offensive haben die Franzosen noch einmal ihre beste und äußerste Kraft an allen Punkten eingesetzt. Nachdem nun auch dieser Krieg keinen Erfolg gebracht hat, könnte höchstens nur noch ausländische Hilfe den Feldzug günstig entscheiden. Von wem sollte diese Hilfe aber kommen? Rußland ist fertig, und England hat wohl Menschen, aber kein Kriegsmaterial mehr einzuführen. Der Krieg kann zwar noch lange dauern, aber an eine Besserung unserer Lage glaube ich nicht mehr. Diese Auffassung verbreitet sich immer mehr, und deshalb ist es kein Wunder, wenn wir alten Soldaten traurig und deprimiert sind.“

Mögen die Franzosen in ihren Bulletins immer weiter von angeblichen Erfolgen in den Argonnen berichten, mögen sie fortfahren zu behaupten, daß sie St. Hubert und im Bois de Gurie Stellungen hätten, die schon längst einen Kilometer hinter der vorderen Linie der Deutschen liegen, durch alle diese wird sich auf die Dauer nicht verheimlichen lassen, wer der Sieger in den Argonnen ist, ob derjenige, der unaufhaltsam vorwärts schreitet, oder derjenige, der gezwungen ist, Erlasse herauszugeben, der Art, wie sie im Auszuge soeben vorgeführt wurden.

Der Krieg.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung.

+ Großes Hauptquartier, den 4. Februar 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf der Front zwischen Nordsee und Reims fand nur Artilleriekämpfe statt.

Erneute französische Angriffe bei Perthes wurden unter Verlusten für den Feind abgewiesen.

Nördlich und nordwestlich Massiges (nordwestlich St. Menesboul) griffen unsere Truppen gestern in einem Sturz über drei hintereinander liegenden feindlichen Grabenlinien durch und setzten sich in eine französische Hauptstellung in einer Breite von 2 1/2 Kilometer fest; sämtliche Gegenangriffe der Franzosen, die auch nachts fortgesetzt wurden, sind abge schlagen. Wir nahmen 7 Offiziere, 601 Mann gefangen und oberten 9 Maschinengewehre, 9 Geschütze kleiner Kalibers und viel Material.

Somit ist nur erwähnenswert, daß in den Misch-Vogesen das erste Gefecht einer Schneeschuh-Truppe gegen französische Jäger erfolgreich für uns verlief.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In Ostpreußen wurden schwache russische Angriffe gegen unsere Stellungen südlich der Memel abgewiesen. In Polen nördlich der Weichsel fanden im Anschluß an die gemeldeten Kavalleriekämpfe Plänkelleien kleiner gemischter Truppenabteilungen statt.

An der Bzura südlich Sochaczew brach ein russischer Nachalangriff unter starken Verlusten des Feindes zusammen. Unser Angriff östlich Wolimow macht beständig Gegenstände des Feindes Fortschritte. Die Zahl der Gefangenen erhöht sich.

In den Karpathen kämpfen seit einigen Tagen deutsche Kräfte Schulter an Schulter mit den österreichisch-ungarischen Armeen. Die verbündeten Truppen haben dem schwierigen und verschneiten Gebirgslande eine Reihe schöner Erfolge erzielt.

Oberste Heeresleitung. (W. L. B.)

Kämpfe der Österreicher gegen die Russen und Serben.

Wien, 4. Februar. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 4. Februar mittags: In Polen und Westgalizien besondere Ereignisse.

Die Kämpfe in den Karpathen dauern mit unverminderter Heftigkeit an. Im westlichen Frontabschnitt wurden feindliche Angriffe abgewiesen. Den im mittleren Waldgebiet bringenden eigenen Kolonnen gelang es auch gestern im Raum zu gewinnen und noch einige Hundert Gefangene machen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes v. Söefer, Feldmarschalleutnant.

Die britische Küste als Kriegsgebiet erklärt.

+ Amtlich. Berlin, 4. Februar. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht im amtlichen Teil folgendes:

Bekanntmachung.

1. Die Gewässer rings Großbritannien und Irland einschließlich des gesamten englischen Kanals werden als mit als Kriegsgebiet erklärt. Vom 18. Februar 1915 wird jedes in diesem Kriegsgebiet angetroffene feindliche Rauffahrtsschiff zerstört werden, ohne daß es immer mitlich sein wird, die dabei der Besatzung und den Passagieren drohenden Gefahren abzuwenden.

2. Auch neutrale Schiffe laufen im Kriegsgebiet Gefahr, da es angesichts des von der britischen Regierung am 31. Januar angeordneten Mißbrauchs neutraler Flaggen und der Zufälligkeiten des Seekrieges nicht immer vermieden werden kann, daß die auf feindliche Schiffe berechneten Angriffe auch neutrale Schiffe treffen.

3. Die Schifffahrt nördlich um die Shetlands-Inseln in dem östlichen Gebiet der Nordsee und in einem Streifen von mindestens 30 Seemeilen Breite entlang der nördlichen Küste ist nicht gefährdet.

Berlin, den 4. Februar 1915.

Der Chef des Admiralstabs der Marine, v. P. Zur Erläuterung dieser Bekanntmachung wurde die Verbündeten, den neutralen und den feindlichen Mächte eine Denkschrift mitgeteilt.

Das Landungsgepäck der „Emden“ gerettet!

+ Die Mannschaft unserer unergreiflichen „Emden“ hat sich an Kühnheit, Umsicht und Tatkraft selbst bewiesen, indem das Landungsgepäck, das, wie erinnert, mit der Zerstörung einer englischen Funkstation auf einer der Kokos-Inseln beschäftigt, von der Besatzung des Kreuzers getrennt war, auf einem in der Nähe befindlichen Schoner „Ayesha“ monatelang der Verfolgung englischer, französischer, russischer und japanischer Schiffe getrotzt hatte. Nun bringt Wolffs Tel.-Bur. folgende hoch erfreuliche Meldung:

Berlin, 4. Februar. Ueber S. M. S. „Ayesha“ geht die Nachricht ein, daß der Kommandant, Kapitänleutnant von Muede, mit dem Landungsgepäck S. M. S. „Emden“ in der Nähe von Hodeida (Südwesten von Arabien) eingetroffen und von den türkischen Truppen mit Begeisterung empfangen sei. Nach der Fahrt durch die Straße von Perim unbemerkt von den englischen und französischen Bewachungsschiffen gelungen war, vollzog sich die Landung der Küste ungestört in Sicht eines französischen Panzerkreuzers.

Eine neue Beute des „Kronprinz Wilhelm“.

Aus Buenos Aires (Argentinien) kommt unter 3. Februar die Meldung, daß der 4400 Tonnen schwere englische Dampfer „Botaro“, der mit Gefrierfleisch nach Liverpool unterwegs war, von dem deutschen Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm“ angehalten und verfrachtet worden ist.

10 000 Mark Belohnung!

+ London, 3. Februar. Meldung der „Central News“ „Shipping-Gazette“ (Schiffahrtszeitung, D. R.) setzt eine Belohnung von 10 000 £ für die Bemannung des englischen Handelsschiffes aus, das zuerst ein deutsches Unterseeboot zum Sinken bringt.

eitung
 ar 1911
 ms fanb
 es mnd

en Mit-
th-Trap-
erließ.

ein ruffendes
Kindes
moder

I.B.)
e Huf

verminde
den feine

ant.
-fläct.
hsanzeig

den 3.

lands-In
dem St
der nie

tellet!
n „Gand
selbst u
erinner

... „Mittel
... 1. Kapit
... 5.

Landung von Pan helm".

tral Neu
-) sehr
des
Interleed

Der Königliche Landrat. J. B.: Daniels.

